

## **K1 Think global, act local! Unser Kommunalverständnis 2020**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 29.10.2019  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

### **Antragstext**

#### **1 Bereit, Entscheidungen zu treffen!**

2 Was für Zeiten, in denen wir leben und aufwachsen: Klimakrise, soziale  
3 Ungerechtigkeit und Artensterben und und und.

4 Nicht nur einmal haben wir in der vergangenen Zeit gehört, dass wir die letzte  
5 Generation sind, die noch tatsächlich etwas ändern kann. Wir sind uns dieser  
6 Verantwortung bewusst und ducken uns nicht weg!

7 Diese großen Herausforderungen lösen sich eben nicht von alleine und lassen sich  
8 nicht nur durch politisches Handeln auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene  
9 lösen.

10 Wer die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen möchte, muss große  
11 Entscheidungen treffen. Ob in Europa, Bund, Land oder Kommune.

12 Große Entscheidungen haben immer Konsequenzen im Kleinen.

13 Wie sich die Herausforderungen im Konkreten darstellen, ist unterschiedlich. So  
14 unterscheiden sich die Herausforderungen möglicherweise auch zwischen Stadt und  
15 Land.

16 Ob in Münster oder Monschau gilt es jetzt anzufangen und die Missstände zu  
17 bekämpfen.

18 Andersrum erscheint es so, als ob nicht jede kommunale Frage eine globale  
19 Relevanz hat. Auf den ersten Blick ist dies richtig. Wir als Grüne Jugend sehen  
20 aber nicht nur den globalen Kontext, sondern wollen auch besonders auf die  
21 Menschen in Stadt und Land eingehen. Für uns haben kommunale Entscheidungen  
22 höchste Relevanz, wenn es darum geht, lokale Herausforderungen aus Sicht der  
23 Menschen zu überwinden.

24 Wenn es für die kleine Frieda keinen Kita Platz gibt, ändert das zwar nichts an  
25 den großen Problemen unserer Zeit, wie dem Abbrennen und Roden des Amazonas; es  
26 wäre aber anmaßend diese Krisen im Lokalen klein zu reden oder gar zu  
27 ignorieren.

28 Aufgrund dessen wollen wir als GRÜNE JUGEND NRW Entscheidungen treffen. Für die  
29 Menschen in Stadt und Land aber auch für eine globale Veränderung. Die  
30 Kommunalwahlen 2020 stehen in den Startlöchern und wir sind bereit!

31 **Damit die Betreuung nicht der Fernseher übernehmen muss.**

32 Häufig scheint es so, als ob sich der Stadtrat primär mit Städteplanung und  
33 Straßenbau intensivst auseinandersetzt, während die eigentlich elementaren  
34 Themen wie der Kita-Ausbau oder die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern in die  
35 Ausschüsse geschoben und nur durchgewunken werden. Dabei hängt von dieser  
36 Versorgung so viel ab: Es geht darum, ob die Erziehungsberechtigten arbeiten  
37 gehen können, ob die Kinder Kontakt zu Gleichaltrigen haben und darum sie in  
38 ihrer Entwicklung bestmöglich zu fördern. In Nordrhein-Westfalen waren zum Stand  
39 vom 1. März 2019 147.171 Kinder unter drei Jahren in einer  
40 Kindertageseinrichtung. Dies entspricht jedoch nur einer Versorgungsquote von  
41 rund 28 Prozent.

42 Die Versorgungssituation, insbesondere von Kindern unter 3 Jahren ist damit noch  
43 nichtmal zur Hälfte abgedeckt.

44 Es geht aber um noch mehr, als um die Frage, ob ausreichend Betreuungsplätze  
45 vorhanden sind. Es geht auch darum, mit welchen pädagogischen Konzepten die  
46 Einrichtungen arbeiten und welche Träger diese unterhalten. Nicht selten besteht  
47 die Trägerlandschaft in den Kommunen zum größten Teil aus kirchlichen  
48 Trägerschaften. Aus unserer Sicht braucht es ein vielfältiges Angebot von  
49 kirchlichen bis freien Trägern, die unterschiedliche Konzepte anbieten.  
50 Erziehungsberechtigte und Kinder sollen zwischen unterschiedlichen Konzepten und  
51 Trägern wählen können und nicht via Zufallsprinzip dem einzigen Möglichen  
52 Betreuungsplatz zugewiesen werden. Besonders wichtig ist es uns, unabhängig von  
53 der Trägerschaft, dass die Betreuungsangebote auf eine geschlechtersensible  
54 Erziehung achten und den Kindern, insbesondere in der frühkindlichen Bildung die  
55 Diversität deutlich machen und Kinder in keine heteronormativen Ansichten  
56 zwängen.

57 Im Bereich der Nachmittagsbetreuung sieht der Ganztags-Erlass des Landes vor,  
58 dass Schulen eine Betreuungsmöglichkeit bis mindestens 15 Uhr sicherstellen  
59 müssen, sofern sie denn einen Ganztags anbieten. Viele Kinder bekommen allerdings  
60 keinen Ganztagsplatz, wodurch auch hier massive Betreuungslücken entstehen.  
61 Andererseits gibt es in vielen Kommunen sehr starre Betreuungssysteme, die eine  
62 flexible Nachmittagsgestaltung für Familien kaum möglich macht.

63 Freizeitangebote, weitere außerschulische Aktivitäten oder der Familienbesuch  
64 bei der Oma sind somit an feste Zeiten teils im späten Nachmittag gebunden.

65 Inhaltlich sind die Ganztagsangebot unterschiedlich aufgebaut. Wenn Kinder über  
66 den Mittag hinweg in der Schule bleiben, brauchen sie mindestens eine  
67 angemessene Hausaufgabenbetreuung und ein gesundes Mittagessen. Die  
68 Hausaufgabenbetreuung übernehmen häufig die Ganztags-Betreuungspersonen. Wenn  
69 möglich haben diese eine pädagogische Qualifikation oder Schulung, jedoch heißt  
70 das nicht, dass alle Mitarbeitenden auch dazu in der Lage sind, Schüler\*innen in  
71 ihren Lernprozessen zu begleiten.

72 Neben der Hausaufgabenbetreuung gilt es aber vorallem den Schüler\*innen  
73 vielfältige Freizeitangebote zu machen und sie beispielsweise auch in das  
74 Mittagessen einzubeziehen. Das Mittagessen sollte mit regionalen und saisonalen  
75 und, wenn möglich auch biologisch guten, Lebensmitteln hergestellt werden. Einen  
76 Beitrag kann dazu ein Schulgarten in Form von Gemüse- und Obstanbau bieten.  
77 Durch den Gartenanbau als Beitrag zur Selbstversorgung und auch durch selbst  
78 durchgeführte Kochprojekte, wird den Schüler\*innen nicht nur spielerisch eine  
79 gesunde und ausgewogene Ernährung beigebracht, sondern auch eine  
80 Freizeitaktivität angeboten.

81 Dies ist nicht nur im Kontext der schulischen Nachmittagsbetreuung denkbar,  
82 sondern auch bereits in der frühkindlichen Bildung möglich.

83 Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir für die Betreuung von klein auf:

- 84 • Eine Bedarfsdeckung in den Kommunen von 100 Prozent
- 85 • Eine ausgewogene Trägerlandschaft von freien, städtischen und kirchlichen  
86 Organisationen
- 87 • Bevorzugung von Trägern, die geschlechtersensible Konzepte anbieten
- 88 • Kauf von freien Flächen für Kitas
- 89 • Ausbau von Betreuungsräumen an Schulen
- 90 • Schulung und Qualifikation für Hausaufgabenbetreuung
- 91 • Flexible Betreuungszeiten im Nachmittagsbereich für Grundschüler\*innen
- 92 • Verwendung von saisonalen und regionalen Bioprodukten für die  
93 Essensverpflegung

94 **Kinder- und Jugendliche in der Kommune ernst nehmen!**

95 Als GRÜNE JUGEND NRW nehmen wir Kinder und Jugendliche in den Kommunen ernst.  
96 Wenn Entscheidungen für Kinder und Jugendliche getroffen werden, so geschieht  
97 dies allerdings in den allermeisten Kommunen über die Köpfe des betroffenen  
98 Personenkreises hinweg.

99 Unsere Gesellschaft besteht aus vielen Menschen. Die Mitgestaltung des Wohn- und  
100 Lebensumfeldes gibt die Möglichkeit, Prozesse besser zu verstehen. Gerade für  
101 Kinder und Jugendliche ist es oft nicht möglich an Entscheidungen teilzuhaben,  
102 da ihre Meinung oft als störend und unqualifiziert gilt. Daher ist es wichtig  
103 Kinder und Jugendliche durch partizipative Projekte in politische Entscheidungen  
104 einzubinden.

105 Das Potenzial kreative Lösungen zu finden, bringen junge Menschen von Natur aus  
106 mit. Lasst es uns nicht verkümmern und ausbremsen!

107 Wir brauchen partizipative Kinder und Jugendarbeit in den Kommunen. Eine bunte  
108 und vielfältige Umgebung bekommen wir nur, wenn wir alle mitnehmen. Warum sollen  
109 nicht die Kinder im Kindergarten mitentscheiden, wo das neue Klettergerüst im  
110 Außenbereich gebaut wird oder die Matschgrube entsteht. Wieso entscheiden  
111 Jugendliche nicht selber, welche Anforderungen und Aufgaben die zukünftige  
112 Jugendfreizeitstätte erfüllen muss.

113 Mit dem Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren hat der Landesgesetzgeber jüngeren  
114 Menschen sein politisches Vertrauen abgesprochen, sich mit der Politik vor Ort  
115 verantwortungsbewusst auseinandersetzen zu können. Als GRÜNE JUGEND NRW fordern  
116 wir weiter die Absenkung des Wahlalters kommunal auf 14 Jahre..

117 In der Schule gibt es lehrplanbedingt leider nur wenig Raum für eine angemessene  
118 Auseinandersetzung mit Politik.

119 Umso mehr hängt die politische Bildung von Engagementmöglichkeiten abseits des  
120 Unterrichts ab. In Zeiten von Fridays for Future wird deutlich, das politisches  
121 Potential sowie Engagement in unserer Generation vorhanden ist. Um dieses  
122 Engagement zielstrebig zu fördern und der Jugend einen Raum in enger  
123 Zusammenarbeit mit den kommunalen Parlamenten zu bieten, sollten Kinder- und  
124 Jugendparlamente, welche sich aus Vertreter\*innen der örtlichen Schulen,  
125 Berufskollegen und Jugendeinrichtungen zusammensetzen, sowie aus Vertreter\*Innen  
126 der politischen Jugendorganisationen, in die politische Landschaft der Kommunen  
127 umgesetzt werden. Dabei sollen nicht die Erwachsenen der jeweiligen Organisation  
128 für die Kinder und Jugendlichen sprechen, sondern die Kinder und Jugendlichen  
129 bilden das Kinder- und Jugendparlament selbst.

130 Ein solches Parlament darf aber nicht in der Symbolpolitik enden, indem es  
131 lediglich über sie selbst betreffende Entscheidungen berät. Das Kinder- und  
132 Jugendparlament soll über eigene Anträge abstimmen können und durch ein eigenes  
133 Budget handlungsfähig sein.

134 Wir fordern:

- 135 • Die Absenkung des Wahlalters auf 14 auf kommunaler Ebene
- 136 • Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments in jeder Kommune
- 137 • Eine Zusammensetzung des Parlaments, welches die diversen Blickwinkel und  
138 Organisationen einer Kommune abbildet
- 139 • Ein eigenes Budget für Maßnahmen und Veranstaltungen im Sinne der Kinder-  
140 und Jugendlichen

141 **Schule ist nur Ländersache? Von wegen!**

142 Wie oft hört man von kommunalen Entscheidungsträger\*innen, dass es viele  
143 Misstände in den Schulen gäbe, sie selbst aber leider daran nichts ändern  
144 können. Dabei ist das vollkommener Quatsch! Eine Kommune hat in vielerlei  
145 Hinsicht Einfluss darauf, in welcher Lernumgebung die Schüler\*innen lernen und  
146 aufwachsen und mit welchen Materialien und Hilfen. Unabhängig vom Stärkungspaket  
147 Schule 2020, ist es in kommunaler Verantwortung dafür sorgen, dass ausreichend  
148 Geld vorhanden ist, damit die räumliche Situation und Ausstattung in den Schulen  
149 auf einem guten Standard ist.

150 Die Realität sieht jedoch bitter aus: Zu wenig Sanitäreinrichtungen, teils völlig  
151 veraltet und nicht barrierearm, Klassenzimmer ursprünglich für 20 Schüler\*innen  
152 gebaut, heute mit rund 30 Menschen besetzt. Die Mängelliste ist endlos.

153 Aber auch die Situation der Lehrmittel ist gravierend. Kommunen dürfen sich  
154 nicht wegducken, wenn sie von der Digitalisierung hören. Diese wird nicht  
155 kommen, sie ist bereits omnipräsent. Umso wichtiger, dass Schulen in diesem  
156 Bereich handlungsfähig werden und Schüler\*innen in Kompetenzen befähigen. Dabei  
157 endet der Weg hin zu einer digitalen Schule nicht dabei, den Vertretungsplan  
158 zukünftig auf einem Bildschirm anzuzeigen. Nicht zuletzt braucht es ausreichend  
159 Hilfsmittel und Hilfen, damit Schüler\*innen bestmöglich lernen und Erfahrungen  
160 machen können. Dies kann in Form von digitalen Lehrmitteln geschehen oder eben  
161 auch durch verstärktes Personal. Im inklusiven Setting sind alle Menschen vor  
162 Herausforderungen gestellt. Schüler\*innen wachsen in höchst individuellen  
163 Lebensverhältnissen auf, die im Kontext Schule aufeinandertreffen. Aber auch  
164 schon individuell betrachtet, muss der Zugang zu Unterstützung vorhanden sein.

165 Eine Möglichkeit bietet sich hier durch die Schulsozialarbeit. Eine Kommune  
166 entscheidet letztlich darüber, ob und wieviele Stellen sie dafür einrichten  
167 wollen und bereit sind zu zahlen. Weitergehend brauchen einige Schüler\*innen  
168 intensivere Betreuung und Begleitung durch den Schulalltag. Hierfür gibt es die  
169 Möglichkeit eine 1:1-Betreuungssituation für den Schulkontext zu beantragen.  
170 Wenn die Bewilligung erfolgt, heißt dies jedoch noch lange nicht, dass die  
171 Unterstützung auch bezahlt wird. Viele Kommunen verweisen hier auf den LVR oder  
172 den LWL, jedoch übernehmen die Landschaftsverbände nicht in allen Fällen die  
173 Kosten. Kommunen dürfen sich ihrer Verantwortung in der Schule nicht entziehen!

174 Das Stärkungspaket Schule 2020 wurde als Unterstützung für die Digitalisierung  
175 und den Schulausbau geschaffen. Kommunen sollten damit die Möglichkeit bekommen,  
176 trotz wenig verfügbaren Ressourcen, Misstände zu verändern und Schulen zu  
177 stärken. Das Stärkungspaket darf dabei aber nicht so genutzt werden, dass es  
178 anstelle des vorher eingeplanten Geldes nun den Schuletat einer

179 Kommune gänzlich abbildet. Es darf nicht dazu kommen, dass Kommunen durch eine  
180 finanzielle Verschiebepolitik letztlich durch das Stärkungspaket den  
181 Straßenausbau besser finanzieren können.

182 Für die Schulen in den Kommunen fordern wir:

- 183 • Anschaffung ausreichender digitaler Medien für Schulen und Klassen bis  
184 einschl. 6. Klasse
- 185 • Ausbau und Sanierung von Schulgebäuden
- 186 • Priorisierung der Sanierungen für Schulen, die auf Container ausweichen  
187 müssen
- 188 • Beibehaltung des eingeplanten kommunalen Schuletats ohne Verschiebung  
189 durch Schule 2020

## 190 **Die Zeit läuft- für die Menschen!**

191 Wir als GRÜNE JUGEND NRW treten für eine soziale und familienfreundliche Politik  
192 ein. Viele Familien stehen im Allgag vor der Hürde Arbeit und Familie unter  
193 einen Hut zu bringen: Oft öffnet die KITA erst um 8 Uhr aber der Arbeitstag  
194 beginnt schon um halb 8, wenn ein wichtiges Meeting ansteht, kann man es sich  
195 nicht erlauben eine halbe Stunde später zu kommen. Das Kind kann aber auch nicht  
196 alleine in die KITA gehen. KITA-Öffnungszeiten, welche sich nach dem  
197 Arbeitszeiten der Eltern richten, wären angebracht.

198 Auch stellt sich die Frage, ob die örtliche Müllabholung genau dann stattfinden

199 muss, wenn hunderte Kinder morgens im Bus zur Schule sitzen und aufgrund der  
200 Verkehrssituation dann zu spät erscheinen. In einer Kommune arbeiten viele  
201 unterschiedliche Akteur\*innen und Organisationen, die unterschiedlichste  
202 Aufgaben und Interessen vertreten. Anstatt aneinander vorbei zu arbeiten, wäre  
203 es sinnvoll die unterschiedlichen Vertreter\*innen an einen Tisch zu bringen und  
204 über die Zeitökonomie der Kommune zu diskutieren, Absprachen zu treffen und sich  
205 zu koordinieren.

206 Sonntags ist Ruhetag und die Pläne für den nächsten Familien-Trip stehen auch  
207 schon fest. Wie ärgerlich, dass das kommunale Parlament dann aber beschließt,  
208 genau diesen Sonntag als verkaufsoffenen Sonntag auszusprechen, weil ein großes  
209 Event an diesem Wochenende in der Stadt ansteht. In so einer Situation waren  
210 dieses Jahr millionende Menschen, welche an einem Sonn- und Feiertagen arbeiten  
211 mussten.

212 Wir finden Sonn- und Feiertage müssen Ruhetage sein.

213 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb:

- 214 • Eine familienfreundliche Zeitpolitik in der Kommune
- 215 • Flexible Öffnungszeiten der KiTas
- 216 • Verbot verkaufsoffener Sonn- und Feiertage
- 217 • kommunale Zeitbüros um die städtischen Abläufe zu koordinieren

218 **Für eine feministische Kommune!**

219 Als GRÜNE JUGEND NRW streiten wir für eine Gesellschaft, welche allen Menschen  
220 unabhängig ihres Geschlechts politische und soziale Teilhabe ermöglicht.

221 Unser Kampf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft macht dabei natürlich  
222 auch nicht vor den Kommunen halt.

223 Denn nicht nur im deutschen Bundestag ist der Frauen\*anteil so gering wie lange  
224 nicht mehr sondern auch in den lokalen Parlamenten und in den wichtigen Stellen  
225 der Verwaltung sind Frauen\* unterrepräsentiert. Dabei wohnen im Land und in der  
226 Stadt mindestens zur Hälfte Frauen\*!

227 Zu einer feministischen Kommune gehören natürlich nicht nur Quotierungen von  
228 Spitzenposten und der Räte.

229 Vielmehr müssen auch der Haushalt und die städtischen Investitionen einer  
230 Geschlechtergerechtigkeit zugute kommen, etwa durch konsequentes Gender  
231 Budgeting.

232 Auch an anderer Stelle müssen die Städte Sexismus im öffentlichen Raum  
233 bekämpfen.

234 Viele Supportstrukturen für Frauen\*, etwa Frauen\*häuser, sind in kommunaler Hand  
235 oder werden von den Kommunen finanziell unterstützt. Gerade hier muss noch viel  
236 getan werden. So gibt es zu wenige Frauen\*häuser, die oftmals unterfinanziert  
237 sind und zu wenige Plätze bieten.

238 Auch andere, oftmals autonome Safe Spaces und andere Supportstrukturen für  
239 Frauen\*, brauchen eine bessere finanzielle und räumliche Unterstützung durch die  
240 Kommunen.

241 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 242 • Einen Gleichstellungsausschuss in jeder Stadt und jedem Kreis
- 243 • Eine geschlechtergerechte Besetzung von Gremien und Verwaltungsstellen
- 244 • Ein kommunales Parité-Gesetz für Parteilisten mit Sanktionsmöglichkeiten
- 245 • Eine konsequente Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung  
246 von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
- 247 • Gender Budgeting in jeder Kommune
- 248 • Das Verbot sexistischer Werbung auf städtischen Werbeflächen
- 249 • Einen Ausbau von Plätzen in Frauen\*häusern, zudem eine bessere  
250 Finanzierung dieser
- 251 • Eine bessere Unterstützung für freie und autonome Supportstrukturen für  
252 Frauen\*

### 253 **Für sicheren Drogenkonsum statt Pathologisierung**

254 Der §3 des Betäubungsmittelgesetzes bietet die Möglichkeit Forschungsprojekte  
255 ins Leben zu rufen und kontrollierte Abgabestellen für Cannabis und andere  
256 Drogen unter medizinischen sozialen und gesundheitlichen Aspekten zu erforschen.



257 Uns ist bewusst, dass dies noch lange keine Legalisierung von Drogen darstellt  
258 und werden weiter dafür kämpfen, jedoch sehen wir in diesen Modellprojekten die  
259 Chance einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen und die gesellschaftliche  
260 Akzeptanz für Abgabestellen zu fördern.

261 Wir fordern Prävention statt Scherben aufsammeln. Mit Schutzräumen für  
262 Drogenkonsum mit Tauschmöglichkeiten von Spritzen wird präventiv gegen die  
263 Verbreitung von Krankheiten durch benutzte Spritzen vorgegangen und eine  
264 medizinische Versorgung von Suchtkranken unterstützt. Einige Städte haben diese  
265 Schutzräume schon und berichten Gutes.

266 Es braucht auch vermehrt Drug-Checking-Angebote, an denen Konsument\*innen ihre  
267 Drogen auf mögliche Verunreinigungen und gesundheitliche Risiken testen können.

268 Wir wollen ein Ende der Repression gegen Drogenkonsument\*innen und fordern  
269 stattdessen umfangreiche Prävention, Aufklärungsarbeit und Sozialhilfe.

270 Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 271 • Schutzräume für Drogenkonsum mit kostenlosen Tauschmöglichkeiten für  
272 Spritzen
- 273 • kontrollierte Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen  
274 und sozialen Aspekten nach Wuppertaler Vorbild des Forschungsprojektes  
275 "Resolution"
- 276 • Drug-Checking in jeder Kommune

277 **Die Häuser denen, die drin wohnen!**

278 Das Leben in der Stadt ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Die Mieten,  
279 gerade in den Großstädten, steigen rasant an. Das führt einerseits dazu, dass  
280 ein erheblicher Teil des Einkommens für die Miete aufgewendet werden muss,  
281 andererseits zu einer großen Verdrängungsbewegung von Menschen mit geringerem  
282 Einkommen aus der Innenstadt und Innenstadt-nahen Stadtteilen an die Ränder und  
283 in das Umland.

284 Anstatt mehr Sozialwohnungen und anderen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird  
285 in vielen Städten luxussaniert und es werden Luxuswohnungen gebaut, die die  
286 Situation nur noch verschärfen.

287 Für uns ist klar: Wohnraum muss für alle da sein und nicht nur für die reichsten  
288 Teile der Bevölkerung!

289 Die Frage von bezahlbarem Wohnraum ist eine der brennendsten sozialen Fragen  
290 unserer Zeit. Wir müssen die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft  
291 sicherstellen.

292 Gerade deshalb kann es nicht sein, dass große Wohnungsbauunternehmen Wohnungen  
293 nur als Mittel der Profitmaximierung oder als Spekulationsobjekte sehen.

294 Gerade weil auch immer mehr Menschen in die Städte ziehen, dürfen Wohnhäuser  
295 nicht jahrelang leer stehen.

296 Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen sind aus verschiedensten Gründen von  
297 Obdachlosigkeit betroffen. Gerade in einer so reichen Gesellschaft ist das  
298 skandalös.

299 Anstatt Menschen in Obdachlosigkeit zu unterstützen, kriminalisieren und  
300 dranglasieren sie einige Kommunen sogar noch. Wenn Hilfe kommt, dann an vielen  
301 Stellen nur von freien sozialen Träger\*innen, oft jedoch nicht von städtischen  
302 Stellen. Die Notunterkünfte sind oftmals überlastet und unterfinanziert.

303 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 304 • Einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild
- 305 • Langfristige Sozialbindung für Neubauten und nachträglich für bestehenden  
306 Wohnraum
- 307 • Eine flächendeckende Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten für Flächen
- 308 • Den Wohnungsbau in die öffentliche Hand statt an große Investor\*innen,  
309 v.a. durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften
- 310 • Nachverdichtung
- 311 • Solidarität mit Hausbesetzer\*innen, die auf die prekäre Lage aufmerksam  
312 machen
- 313 • Kurzfristig mehr kostenlose Notunterkünfte, auch in kommunaler  
314 Trägerschaft
- 315 • Mehr finanzielle und personelle Unterstützung für freie soziale  
316 Träger\*innen

- 317 • Ein sofortiges Ende der Drangsalierung von obdachlosen Menschen
- 318 • Langfristig flächendeckende "Housing First" Programme

319 **Für eine offene und lebendige Gesellschaft**

320 Zu einem lebenswerten Ort gehört auch eine stabile Gesellschaft.

321 Gerade in Zeiten des Rechtsrucks und zunehmenden autoritären Tendenzen ist es  
322 umso wichtiger, auch vor Ort für eine offene und bunte Gesellschaft zu kämpfen.

323 Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, die Zivilgesellschaft braucht Geld.  
324 Demos zu organisieren, Bildungsveranstaltungen zu veranstalten oder ökologisch-  
325 progressive Initiativen durchzuführen ist kostspielig und doch so wichtig für  
326 eine lebendige und partizipative Gesellschaft und auch Faschist\*innen bekämpfen  
327 sich nicht von allein.

328 Hierfür braucht es auch finanzielle Hilfe von vor Ort.

329 Gerade in ländlichen Räumen fehlt es zudem an Safe-Spaces und Supportstrukturen  
330 für (junge) queere\* Personen.

331 Oftmals scheitert es jedoch gar nicht nur am Geld. Gerade freie Kulturangebote,  
332 alternative Jugendzentren, AZs und anderen unkommerziellen Träger\*innen fehlt es  
333 an Räumen. Entweder, weil die Städte die Nutzung von Räumen gerade für linke  
334 Gruppen verweigern oder weil sie rausgeworfen werden.

335 Dabei sind unkommerzielle Räume wichtig für eine stabile Gesellschaft und  
336 Anlaufstelle für links-alternative Gruppen, v.a. für Gruppen von FIT\* und POC.

337 Auch müssen wir die freie Kulturszene stärken. Gerade kleine, alternative  
338 Kulturprojekte leiden unter der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Oftmals  
339 können sie sich keine teure Mieten für Räume und Veranstaltungssäle leisten oder  
340 werden durch größere Anbieter\*innen verdrängt. Freie Träger\*innen sind zudem oft  
341 stärker von Kürzungen im Budget betroffen als städtische Institutionen.

342 Ebenso wichtig wie die Förderung der freien und alternativen Kulturszene ist  
343 eine kulturelle Grundversorgung.

344 Dazu gehört, dass in Stadtteilen und Dörfern die Kultur nicht abwandert. Gerade  
345 Angebote wie Stadtteilbibliotheken, Bücherbusse, aber auch Theater oder (kleine)  
346 Kinos.

347 Kulturelle Angebote, gerade die städtischen, müssen dabei für alle Menschen  
348 zugänglich sein.

349 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 350 • Kommunale Fördermitteltöpfe für zivilgesellschaftliches Handeln, v.a. für  
351 antifaschistische und antirassistische Initiativen und sozio-ökologischen  
352 Projekte
- 353 • Flächendeckende Supportstrukturen für LGBTIQ\*
- 354 • AZ bleibt! Egal ob in Köln, Wuppertal oder sonst wo.
- 355 • Mehr mietfreie oder günstige kommunale Räume für alternative und  
356 unkommerzielle Gruppen
- 357 • Mehr Fördermittel für kleine, alternative Kunstprojekte und  
358 Kulturschaffende
- 359 • Die Ausweisung bestimmter städtischer Gebäude als Graffiti-Wände und ein  
360 Ende der Kriminalisierung von (jungen) Graffiti-Künstler\*innen
- 361 • Eine kulturelle Grundversorgung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land
- 362 • Den Zugang zu Kultur und Bildung für alle Menschen

363 **Die Verkehrswende beginnt vor Ort!**

364 Die Verkehrswende ist eine der größten transformativen Herausforderungen für das  
365 nächste Jahrzehnt. Sie ist unbedingte Voraussetzung für die Begrenzung der  
366 mittleren Erderwärmung auf 1,5°C. Egal ob Metropole oder ländlicher Raum - den  
367 Kommunen kommt eine Schlüsselrolle für eine gelingende Verkehrswende zu. In den  
368 nächsten fünf Jahren müssen die Weichen für eine Abkehr vom Automobil, mehr  
369 Radverkehr und einen besseren öffentlichen Nahverkehr gestellt werden.

370 In den Innenstädten ist die Luft zu schlecht zum Atmen und die Asphaltwüsten  
371 sorgen für unerträgliche Hitzeinseln in Sommer. Auf dem Land fährt der letzte  
372 Bus viel zu oft schon um 16 Uhr, wenn überhaupt einer fährt. Dabei vertieft  
373 unser jetziges Mobilitätssystem soziale Ungerechtigkeit. An den besonders  
374 belasteten Hauptstraßen sind Mieten oftmals niedriger und unter einem schlechten  
375 ÖPNV-Angebot leiden ebenfalls insbesondere arme Menschen, Kinder und  
376 Senior\*innen.

377 Die Metropolen und Großstädte in Nordrhein-Westfalen sind die  
378 Kristallisationspunkte jahrzehntelanger automobil-fixierter Mobilitätspolitik  
379 und Planung. Die Folgen für die menschliche Gesundheit, Welt- und Mikroklima  
380 sowie die Lebensqualität sind dort fatal.

381 Aber auch die Menschen, die im ländlichen Raum zu Hause sind, leiden unter der  
382 Angewiesenheit auf ein Auto und dem ausgedünnten bis nicht vorhandenen ÖPNV.

383 Die Verkehrswende gelingt nur, wenn Stadt und Land sie gemeinsam angehen. Wir  
384 machen Schluss mit einer Mobilitätsdebatte, die die unterschiedlichen  
385 Mobilitätsbedürfnisse gegeneinander ausspielt!

386 Ein wichtiger Baustein für eine gelingende Verkehrswende ist eine  
387 flächendeckende sichere Fahrradinfrastruktur. Es braucht breite Radwege, welche  
388 Radfahrer\*innen wirksam vor schnellerem sowie ruhendem MIV schützen. Grüne  
389 Wellen sollten auf das Fahrrad abgestimmt werden. Auch in ländlicheren Regionen  
390 kann das Fahrrad eine Alternative zur Fahrt mit dem Auto darstellen, wenn es ein  
391 Radwegenetz mit sicheren, gut einsehbaren Kreuzungspunkten gibt. In der  
392 kommunalen Planung muss dem Radverkehr künftig Priorität eingeräumt werden,  
393 insbesondere dort, wo Verbesserungen für das Fahrrad nur auf Kosten des  
394 Autoverkehrs umgesetzt werden können.

395 Auch der öffentliche Nahverkehr muss fit gemacht werden für eine weitgehend  
396 postautomobile Zukunft.

397 Im ländlichen Raum sowie in suburbanen Regionen Nordrhein-Westfalens kann die  
398 Digitalisierung einen besonderen Beitrag dazu leisten, einen enormen  
399 Angebotsmehrwert mit smarten Rufbus-Systemen im ÖPNV zu realisieren. Ohne feste  
400 Linienwege können unkompliziert Fahrten zwischen einer Vielzahl an virtuellen  
401 Haltestellen bestellt und ohne einen festen Fahrplan abgewickelt werden.

402 In den Ballungsräumen sind vielerorts Busse, Straßen- und Stadtbahnen bereits an  
403 der Auslastungsgrenze. Es braucht den Neu- und Ausbau von Straßenbahn- und  
404 Stadtbahnnetzen sowie die zusätzliche Buslinien und dichtere Takte.

405 Wichtig ist auch, die kommunalen ÖPNV-Netze optimal miteinander über Stadt- und  
406 Gemeindegrenzen hinweg zu verzahnen. Auch sprechen wir uns für Fusionen von  
407 kommunalen Verkehrsbetrieben aus, um Synergieeffekte bei Betrieb, Planung,  
408 Instandhaltung und Beschaffung zu erzielen.

409 Damit die Verkehrswende auch zu Mobilitätsgerechtigkeit führt, braucht es aus  
410 unserer Sicht mittelfristig einen umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr als  
411 Projekt der Daseinsvorsorge.

412 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 413 • Flächendeckende sichere Radwege und Abstellmöglichkeiten
- 414 • Grüne Welle fürs Fahrrad
- 415 • Eine massive Kapazitätsausweitung im ÖPNV
- 416 • Eine attraktives, flächendeckendes ÖPNV-Angebot rund um die Uhr in Stadt  
417 und Land
- 418 • Mittelfristig einen umlagefinanzierten ticketlosen öffentlichen Nahverkehr
- 419 • Eine fortlaufende Reduktion der Autoparkplätze im öffentlichen Raum

420 **Freiraum für alle!**

421 Kommunen verwalten einen Großteil des öffentlichen Raums. Das muss so bleiben.  
422 Jedoch darf das nicht heißen, dass Kommunen diesen Raum ausschließlich  
423 zubetonieren und zubauen. Eine vielfältige Gesellschaft braucht Platz, den alle  
424 gesellschaftlichen Gruppen nutzen und mitgestalten können.

425 Bei der Nutzung dieses Raumes kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen  
426 unterschiedlichen Interessensgruppen. Oft reagieren die Verwaltungen auf solche  
427 Konflikte mit einseitigen Verboten (wie zum Beispiel Alkohol- und Skateverbote),  
428 die das Problem nicht lösen, sondern verlagern. Wir wollen stattdessen eine  
429 Kultur der gegenseitigen Rücksichtnahme einführen. Dazu muss es einen Dialog  
430 zwischen der Verwaltung und den verschiedenen Interessensgruppen aus der  
431 Gesellschaft geben. Wir sind überzeugt: Wenn Menschen gemeinsam konstruktiv nach  
432 Lösungen suchen, werden Probleme besser gelöst als durch einseitige Verbote!

433 In vielen Städten gibt es große Probleme, Räumlichkeiten für Treffen zu finden.  
434 Egal ob Gründer\*innen diverser Gruppen, politisch Aktive, oder sozial Engagierte  
435 – sie alle brauchen Räume, in denen sie sich treffen, mit anderen vernetzen und  
436 diskutieren können. Wir fordern die Kommunen daher auf, für ein ausreichendes  
437 und kostenloses Angebot an Räumen und Treffpunkten gerade für junge Menschen zu  
438 sorgen. Ein weiteres Mittel, um kostengünstige Räume bereit zu stellen, bieten  
439 kommunale Zwischennutzungskonzepte. Unabhängig von ihrer Nutzung ist es wichtig,  
440 dass diese Räume barrierefrei und familienfreundlich sind. Dazu zählen Rampen,  
441 Leitsysteme zu den Räumen und Wickelplätze nicht nur für Frauen\*.

442 Als GRÜNE JUGEND NRW sprechen wir uns entschieden gegen die schleichende  
443 Privatisierung des öffentlichen Raumes aus. Diese Entwicklung wird insbesondere

444 durch den Bau von Einkaufszentren vorangetrieben. Öffentlicher Raum muss für  
445 alle Menschen zugänglich bleiben und frei von Konsumzwang sein.

446 Gerade in Großstädten ist der öffentliche Raum jedoch knapp. Deswegen möchten  
447 wir unsere Innenstädte von der automobilen Belagerung befreien und setzen uns  
448 des weiteren für autofreie Quartiere ein. So steigt Luft- und Lebensqualität für  
449 alle.

450 Öffentliche Plätze und Verweilmöglichkeiten tragen entschieden dazu bei, dass  
451 eine Verinselung vermieden wird und bieten Raum zur Begegnung. Besonders die  
452 ländlichen Regionen benötigen mehr Raum, um sich zu vernetzen und Raum, um  
453 miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei reicht es allerdings nicht aus, diese  
454 Plätze ausschließlich mit zwei Bänken auszustatten. Öffentliche Plätze brauchen  
455 Mobiliar, welches zum Verweilen einlädt, unterschiedliche Personengruppen  
456 anspricht und den Wetterverhältnissen angepasst ist. So kann es nicht sein, dass  
457 Begegnungsplätze gegen Spielplätze ausgespielt werden, sondern müssen zusammen  
458 gedacht werden.

459 Letztlich geht es bei der Raumfrage auch darum, wie die Aufenthaltsqualität  
460 einer Kommune ist. Nicht selten scheitert die Aufenthaltsqualität an  
461 verschmutzten Böden und hinterlassenem Müll. Kommunen sind in der Verantwortung  
462 sicherzustellen, dass Stadtraum eben Lebensraum ist und hat Sorge dafür zu  
463 tragen, dass beispielsweise leere Alkoholflaschen für Kinder nicht zugänglich  
464 herumstehen und Essensreste und Co. von Tieren nicht konsumiert werden können.

465 Eine Kommune kann aber durchaus so gestaltet sein, dass Teile essbar sind. So  
466 ist denkbar, dass Kommunen Obstbäume auf öffentlichen Plätzen pflanzen oder  
467 an/auf öffentlichen Gebäuden Gemüse anbauen. Konzepte wie die Essbare Stadt  
468 begrüßen wir daher.

469 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 470 • Dialogische Lösung von Nutzungskonflikten ohne einseitige Verbote und  
471 Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen
- 472 • ein ausreichendes und kostenloses Angebot an Räumen, Treffpunkten,  
473 Spielplätzen und Verweilmöglichkeiten, welche familienfreundlich und  
474 barrierefrei sind
- 475 • Förderung von Zwischennutzungskonzepten
- 476 • Legalisierung und Förderung von Urban-Gardening im Sinne des Konzeptes der  
477 Essbaren Stadt

- 478 • Autofreie Innenstädte und Quartiere
- 479 • Keine zusätzliche Privatisierung des öffentlichen Raumes
- 480 • adäquate Müllsysteme für Stadt und Land bspw. mit Pfandringen für Flaschen

481 **Grün statt grau- Wir machen die Kommunen zu Vorreiterinnen der ökologischen**  
482 **Wende**

483 Die Asphaltwüsten in unseren Städten begünstigen die Bildung von Hitze-Spots. In  
484 Zeiten der Klimakrise ist es das Gebot der Stunde, diese Hot-Spots so weit wie  
485 möglich zu reduzieren. Insbesondere Senior\*innen und Kinder leiden besonders  
486 stark unter Hitzeperioden. Deswegen müssen erhebliche Teile des Straßenraumes  
487 entsiegelt und begrünt werden. Neben Parkanlagen ist auch die Begrünung von  
488 Dächern und Fassaden eine wirksame Maßnahme gegen Überhitzung.  
489 Frischluftschneisen sind unbedingt planerisch zu sichern.

490 Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für das Konzept der Schwammstadt ein.  
491 Es ist Voraussetzung dafür, Bäume in Städten fit zu machen für Dürreperioden  
492 indem es Wasser dort speichert, wo es bei langanhaltender Trockenheit benötigt  
493 wird.

494 Bei der ökologischen Wende unserer Gesellschaft können und müssen die Kommunen  
495 Vorreiterinnen sein. Die Stromversorgung in Rathäusern, Verwaltungsbauten und  
496 allen anderen öffentlichen Gebäuden muss ökologisch verträglich sein. Dafür muss  
497 dort 100% Ökostrom fließen und die Gebäude müssen zum Standard von  
498 Niedrigenergiehäusern umgebaut werden. Weiterhin fordern wir die kommunalen  
499 Verwaltungen auf, sich zu ökologisieren.

500 Durch eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und ein Hinarbeiten auf  
501 Umstellung in eine emissionsfreie Dienstwagenflotte sowie die Anschaffung von  
502 Dienstfahrrädern können erhebliche Umweltbelastungen verringert werden.

503 Eine gelingende Energiewende ist in Bürger\*innenhand! Falls möglich, sollen die  
504 Kommunen die Stromnetze und Stadtwerke rekommunalisieren. Stadtwerke können  
505 Motoren der Energiewende sein. Hier müssen Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten  
506 ausschöpfen. Auf öffentlichen Gebäuden ist zudem ein enormes Potenzial an  
507 Photovoltaikanlagen, das die Kommunen nutzen sollen! Damit verbunden wären eine  
508 Stabilisierung der Stromkosten und eine größere Unabhängigkeit von  
509 zentralistischen Großunternehmen, die nur ihren eigenen Profit im Fokus haben.

510 Wälder spielen für unsere Erde und auch für die Lebensqualität der Menschen in  
511 jeder Kommune eine große Rolle. Daher fordern wir eine naturnahe  
512 Forstwirtschaft. Außerdem sollen ungenutzte Flächen sinnvoll umgestaltet oder



513 sich selbst überlassen werden, um viele unterschiedliche Lebensräume für Tier-  
514 und Pflanzenarten zu ermöglichen.

515 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 516 • Die Entsiegelung von öffentlichem Raum
- 517 • Die Schaffung neuer Parkanlagen
- 518 • Sicherung von Frischluftschneisen
- 519 • Vorschreiben von Dach- und Fassadenbegrünungen
- 520 • Ein Verbot von Steingärten
- 521 • Umsetzung des Konzeptes der Schwammstadt
- 522 • Ökologisierung der Verwaltungen
- 523 • Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotten hin zu Diensträdern sowie  
524 emissionsfreien Fahrzeugen
- 525 • Die Stadtwerke und lokalen Stromnetze in kommunaler Hand
- 526 • Energetische Sanierungen der kommunalen Gebäude
- 527 • Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden
- 528 • Ökologische Bewirtschaftung von kommunalem Wald